



Kreisverband Freising

www.gruene-freising.de

Claudia Bosse 08165/5978

Klaus-Dieter Walter 08161/1480635

Email: claudia.bosse@gruene-neufahrn.de

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Kreisverband Freising

Positionspapier zu ausgewählten sozialen Themen im Landkreis

1. Überblick

Von Juni 2010 bis November 2011 hat sich der Kreisverband Freising von Bündnis 90 / Die Grünen intensiv mit der sozialen Lage im Landkreis Freising auseinander gesetzt. Ziel war es, sich durch Informationsveranstaltungen selbst einen noch besseren Überblick zu verschaffen und mit dem Erfahrenen neue Handlungsmöglichkeiten und Konzepte zu entwickeln.

Nach einem Gesamtüberblick zur Sozialen Lage der Menschen im Landkreis fanden einzelne Expertenrunden und Einzelgespräche statt (Übersicht siehe Anhang). Aus der Fülle von Themen wurden einige wesentliche, z.T. noch wenig beachtete Felder herausgegriffen. Die Bearbeitung weiterer Felder wie Migration, Inklusion oder bezahlbarer Wohnraum wird folgen. Mit der Auswertung der Ergebnisse werden erste Schwerpunkte für die zukünftige grüne soziale Politik im Landkreis Freising gesetzt. Die Auswahl der Maßnahmen konzentriert sich auf Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

2. Identifizierte Probleme

Psychische Erkrankungen und die Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen

Um psychisch kranke Menschen sinnvoll betreuen zu können, muss die Vernetzung zwischen den einzelnen Fachstellen stimmen und die Zusammenarbeit funktionieren. In den Beratungsstellen erlebt man die Symptomatik der Hilfesuchenden als zunehmend komplex, auch ist die Anzahl der Erkrankten steigend und die Betroffenen werden immer jünger. Im Bereich der Suchthilfe hat der Landkreis Freising Versorgungslücken. Es fehlt eine Beratungseinrichtung, die sich ausdrücklich um Jugendliche kümmert oder eine Wohngruppe für jugendliche Suchtkranke, so dass letztlich nur die Unterbringung in einer Pflegefamilie oder Heimunterbringung bleibt. Ein/e Substitutionsarzt/ärztin existiert im Landkreis trotz vieler Bemühungen noch immer nicht, die Betroffenen müssen weiterhin nach München fahren.

Zukunftsperspektiven für Jugendliche

Die Zahl der jungen Menschen, die im Landkreis Freising keinen Ausbildungsplatz finden, ist im Bezug zur geringen gesamten Arbeitslosigkeit auffallend hoch. Der Übergang von der Schule in das Berufsleben wird durch fehlende Qualifikationen erheblich erschwert, vor allem da die Anforderungen in den Ausbildungsberufen steigen. Fehlende Ausbildungsreife hat viele Ursachen, wesentlich ist jedoch oft die mangelnde Unterstützung durch das Elternhaus, gegensteuernde Maßnahmen greifen oft viel zu spät.



Bezahlbarer Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung, damit junge Leute bei uns eine Zukunft haben. Ein funktionierender ÖPNV ist elementar, damit Lehrstellen besetzt und Arbeitsstätten erreicht werden können.

Prävention von Armut und Wohnungslosigkeit

Immer mehr Menschen geraten in die Schuldenfalle. Meist beginnt die Verschuldung schon in jungen Jahren und türmt sich auf bis zu den mittleren Jahren. Oft führen gravierende Veränderungen in den Lebensverhältnissen wie Scheidung oder Arbeitslosigkeit dann dazu, dass eine Krisenintervention unabdingbar ist. Folgen einer hohen Verschuldung sind oft drohender Wohnungsverlust, Sperrung der Energieversorgung, existenzgefährdende Pfändungen und evtl. drohende Inhaftierung.

Finanziellen Schwierigkeiten selbstinitiativ zu begegnen scheitert in vielen Fällen am Konsumverhalten der Betroffenen oder an deren fehlenden Finanzkompetenzen.

Dazu kommt eine emotionale Komponente: Sich Dinge leisten zu können, gilt in unserer Gesellschaft als Statussymbol und hebt das Selbstbewusstsein. Frühzeitige Prävention ist daher ausschlaggebend, um bereits in der Schule auf ein kritisches Konsumverhalten hinzuwirken.

Rechtzeitige Beratung und Unterstützung ist hier nicht nur sozial geboten, sondern vermeidet auch finanzielle Folgekosten für die öffentliche Hand. Allerdings müssen in Not geratene BürgerInnen oft wegen fehlender Kapazitäten zu lange auf Beratungstermine warten, so dass die Zeit um Eingreifen knapp wird und oft schon die Zwangsräumung droht.

Leben im Alter – Alltagsbewältigung im Alter

Selbstbestimmt und unabhängig bis ins hohe Alter im eigenen Haushalt zu leben, wünschen sich laut Umfrage zum seniorenpolitischen Konzept des Landkreises knapp 80% der Befragten (42% wollen auf keinen Fall umziehen und 36,5 % nur im Notfall). Entsprechend sind geeignete Versorgungs-, Wohn- und Pflegeformen notwendig: „Ambulant vor stationär“ muss mit Leben erfüllt sein. Dazu bedarf es beispielsweise eine ortsnahe und gut erreichbare Nahversorgung (auch in kleineren Gemeinden), eine hindernisarme Umgebung, verbesserte Busangebote, Fahr- und Bringdienste oder konsequentes barrierefreies Bauen.

Um den von den Seniorinnen und Senioren selbst aber auch finanziell gewünschten Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, braucht es außerdem Angebote, die die nachbarschaftliche Vernetzung fördern, aber auch niedrighschwellige Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen. Dabei kommt es darauf an, bestehende Strukturen zu nutzen und zu fördern, nicht neue Parallelstrukturen aufzubauen.

Faire Kommune – fairer Handel fängt vor der Haustüre an

Leider bleibt dies oft nur ein Schlagwort und die Möglichkeiten, die eine Kommune in der Beschaffung und in der Vergabe hat, werden zu wenig genutzt. Die Stadt Freising geht hier mit gutem Beispiel voran und trägt seit 2011 den offiziellen Titel „Faire Kommune“. Diese Kommunen beziehen Waren so weit wie möglich aus dem fairen Handel und keine Waren, die mit Kinderarbeit hergestellt worden sind. Auch der Landkreis Freising verzichtet nach einem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Beschaffung von Waren, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden.



3. Konsequenzen - 10 Grüne Schritte in die richtige Richtung

Stärkung der Prävention

Prävention wurde in fast allen Gesprächen und Diskussionen als der Dreh- und Angelpunkt zur Vermeidung bzw. Linderung erheblicher sozialer Schief lagen identifiziert. Derzeit beginnt Hilfe vielfach jedoch erst dann, wenn bereits große Probleme aufgetreten sind.

Der Ausbau erwiesenermaßen sinnvoller Präventionsmaßnahmen muss bei politischen Entscheidungen einen höheren Stellenwert bekommen.

Das bedeutet im Einzelnen:

1. Gesicherte und erhöhte finanzielle Förderung zielgerichteter Präventionsmaßnahmen wie
 - zur Ausweitung der Prävention von Armut und Obdachlosigkeit: zur Vermittlung von Konsum- und Finanzkompetenz
 - zur Ausweitung der Sprachförderung vor allem von Kindern mit Migrationshintergrund
 - zur Einrichtung einer Suchtberatungsstelle für Jugendliche, Unterstützung bei der Suche nach einer Substitutionsärztin / einem Substitutionsarzt
 - zur Ausweitung der Schulsozialarbeit bereits an Grundschulen
 - für Patenschaften für Kinder und Familien
 - für Mentorenprogramme u.ä. zur Unterstützung Jugendlicher und junger Erwachsener
2. Informationsstand der Entscheidungsträger verbessern
 - Anhörung von Experten und Betroffenen zu den jeweiligen Entscheidungen der Gremien
 - in den Begründungen von Anträgen klar auf die Folgen hinweisen, wenn Projekte zur Prävention nicht ausreichend finanziell und personell ausgestattet sind
 - Parteiinterne Wissensvermittlung verbessern, evtl. Arbeitsgruppe „Soziales“ im Kreisverband ins Leben rufen
 - Kontinuierliche Kontakte zu Verbänden und Institutionen halten durch Besuche oder Einladungen zum Gespräch
3. Schwerpunkt „Prävention von Anfang an - frühe Hilfen unterstützen“ (siehe Kap. 4)
4. Wohn- und Wohnumfeldsituation an die Bedürfnisse der älter werdenden Menschen anpassen, um ihnen ein eigenständiges Leben zu ermöglichen
z.B. durch eine angepasste Ortsplanung oder die Bereitstellung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum

Koordination und Unterstützung von Ehrenamt und Hauptamt

Soziale Arbeit, das wurde von allen Expert/innen immer wieder bestätigt, kann in Zukunft nur gemeinsam von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen geleistet werden. Die Aufgaben werden mehr, aber auch komplexer. Hauptamtlichkeit allein kann diese auf Dauer personell und finanziell nicht leisten.

Das Ehrenamt ist aber zu wertvoll, um als Lückenbüßer für versäumte sozialpolitische Entscheidungen herzuhalten. Soziale Einrichtungen müssen solide finanziert sein, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Eine dieser Aufgaben ist die Motivation und Begleitung von Ehrenamtlichen. Ehrenamtliche benötigen die fachliche und emotionale Unterstützung, aber auch die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen und Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die Rentenansprüche.



Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Koordinationsstelle Ehrenamt im Landratsamt. Diese soll eingerichtet werden, wenn sie im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept mit einer hohen Priorität benannt wird. (Beschluss Kreisausschuss 01.12.11).

Weitere Schritte müssen folgen:

5. Verbesserung der Koordination von Haupt- und Ehrenamt:
Einsetzen von Hauptamtlichen als Koordinator/innen und „KümmerInnen“ in den Kommunen und Stadtvierteln, Fachberatung im Landratsamt für Angehörige oder Ehrenamtliche z.B. zum Umbau von Wohnraum für älter werdende Menschen
6. Unterstützung von Ehrenamt: Ermöglichung ehrenamtlicher Arbeit z.B. durch Ehrenamtsbörsen oder Freiwilligenbörsen vor Ort, Schulung der Ehrenamtlichen, bessere Vernetzung mit Arbeitszeit
7. Unterstützung der Hauptamtlichen, Schutz vor Überlastung durch genügend Personal
8. Konsequente Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, kein Ausstieg aus der Investitionsförderung der Sozialstationen

Förderung benachteiligter Personengruppen im kommunalen Alltag

Menschen geraten aus den verschiedensten Gründen in soziale Notlagen. Die Expertenrunden haben gezeigt, dass sie ihr Leben gerne wieder aus eigener Kraft meistern möchten. Viele von ihnen sind aber nicht in der Lage, in vollem Umfang die geforderten Leistungen unserer Arbeitswelt zu erbringen.

Die Podiumsdiskussion zur „fairen Kommune“ hat Möglichkeiten der Kommunen aufgezeigt, sich konkret für weltweite Gerechtigkeit einzusetzen. Sie hat, weitergedacht, aber auch gezeigt, dass unsere Kommunen in ihrem täglichen Einkaufsverhalten oder im Vergabewesen ganz konkret dazu beitragen können, sozial benachteiligten Menschen bei uns im Landkreis Chancen zu geben.

Folgende Forderungen ergeben sich daraus:

9. Verstärktes Beachten sozialer Kriterien bei Einkauf und Vergabe der Kommunen
z.B. Kauf von Produkten und Vergabe von Leistungen an regionale / örtliche soziale Initiativen
10. Möglichkeiten ausschöpfen, kommunales Personal auch aus dem benachteiligten Personengruppe einzustellen

4. Schwerpunkt: Prävention von Anfang an – Frühe Hilfen unterstützen

Prävention muss so früh wie möglich, idealerweise schon im frühen Kindesalter beginnen. Eine stabile frühe Kindheit vermindert die Gefahr, sozial abzurutschen. Die Weichen für ein Dasein in Bildungsarmut, in Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge oder mit chronischen Krankheiten werden früh gestellt und sind nur schwer reversibel. Wer z.B. als Kleinkind Gewalt erlebt, fällt deutlich häufiger auch in Kindertagesstätten oder in der Schule durch Defizite im sozial-emotionalen Bereich wie z.B. gewalttätiges Verhalten auf.

Komplizierte Familienverhältnisse dürfen nicht der Auslöser dafür sein, dass Leben nicht gelingt.



Das gesamte Angebot an „frühen Hilfen“ muss in Zukunft weiter ausgebaut werden, um unseren Kindern bestmögliche Lebensperspektiven zu eröffnen. Das neue Kinderschutzgesetz, das im Januar 2012 in Kraft getreten ist, gibt dem Thema großen Raum. Das Bundesgesundheitsministerium stellt dafür umfangreich Gelder zur Verfügung. Diese müssen zur Finanzierung der Ausweitung des Angebotes genutzt werden.

Koordinierende Kinderschutzstelle KoKi

Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit von „KoKi – Netzwerk für Kinder“ (Koordinierende Kinderschutzstelle), die im Landkreis Freising im Amt für Jugend und Familie angesiedelt ist. Das Förderprogramm des Bayrischen Staatsministeriums setzt vor allem auf Vernetzung und hat zum Ziel „... Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken, Ressourcen von Familien zur bestmöglichen Förderung der Kinder nachhaltig zu aktivieren, Anzeichen von Überforderungssituationen früh zu erkennen und Eltern in diesen Situationen gezielt zu unterstützen“. (aus: www.stmas.bayern.de/jugend/kinderschutz/koki/index.php)

Bündnis 90 / Die Grünen im Landkreis Freising setzt sich dafür ein, die Koordinierende Kinderschutzstelle im Amt für Jugend und Familie Freising über die 3jährige Förderung des Staatsministeriums Ende 2012 hinaus zu erhalten.

Familienhebammen

Wir heben die Bedeutung der Familienhebammen hervor, die im Anschluss an die achtwöchige Betreuung durch die Hebamme nach der Geburt, in hilfeschenden Familien Unterstützung gewähren. Familienhebammen sind zusätzlich qualifiziert für die psychosoziale und medizinische Beratung und Betreuung vor allem in Familien mit sozialen oder gesundheitlichen Belastungen. Sie arbeiten aufsuchend und interdisziplinär. Durch ihre Anwesenheit in den Familien erkennen sie früh Überforderungssituationen oder Bedarf an Stärkung der Kompetenzen der Eltern.

Im Landkreis Freising arbeiten derzeit drei Familienhebammen, davon eine in Vollzeit, die anderen beiden Teilzeit neben ihrer „normalen“ Hebammentätigkeit. Das ist aus unserer Sicht für den großen Landkreis zu wenig.

Bündnis 90 / Die Grünen im Landkreis Freising setzt sich dafür ein, Möglichkeiten zu schaffen, damit in unserem Landkreis mehr Familienhebammen tätig werden können, z.B. durch Unterstützung der Zusatzausbildung oder vermehrte Vermittlungen bei Bedarf durch die Koordinierende Kinderschutzstelle.

Familienpatenschaften

Familienpatenschaften setzen als niedrigschwelliges Angebot direkt in den betroffenen Familien an – von Familie zu Familie in ähnlicher Situation.

Seit Frühjahr 2012 werden in Kooperation von Caritas und KoKi im Landkreis Familienpatenschaften vermittelt. Die Caritas kümmert sich dabei um die Suche und die Schulung von Pateneltern. KoKi übernimmt die Vermittlerfunktion und stellt z.B. über Entbindungskliniken, Hebammen, Frauenhaus, Kindergarten, Kinderärzte die Kontakte her. Diese Patenschaften bestehen in der Regel für Kinder von 0 bis ca. 3 Jahren, im Bedarfsfall auch für Familien mit älteren Kindern.

Zusätzlich gewährt das Projekt „Wellcome“ Hilfen im ersten Lebensjahr. Wellcome ist eine Kooperation zwischen dem Kreisbildungswerk und einer privaten Organisation.

Die Patenschaften werden von einer Koordinatorin vermittelt, die auch die ehrenamtlichen Paten betreut. Die Patenschaft besteht für das 1. Lebensjahr. Die Familien müssen pro Stunde einen Betrag von fünf Euro entrichten.

Bündnis 90 / Die Grünen im Landkreis Freising setzt sich dafür ein, diese Projekte zu unterstützen und genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Weitere Angebote für frühe Hilfen im Landkreis Freising

Im Landkreis Freising gibt es viele Angebote für frühe Hilfen.

- Angebot Lebenshilfe: Elternsprechstunde für Kinder mit Regulationsstörungen (Schreiambulanz, Ess- oder Gedeihstörungen)
- Zentrum der Familie: „Sichere“ Ausbildung für Eltern
- Caritas: „Safe“ – sichere Ausbildung für Eltern / „Von Anfang an“, Kinder 0-4 Monate
- Krankenhaus: Elternschule
- Gesundheitsamt: Mütter- und Väterberatung

Die meisten Angebote finden sich jedoch in der Stadt Freising, in den größeren Kommunen oder eher im Süden des Landkreises. Die Angebote im Norden des Landkreises sind dagegen eher schwach. Das stellt viele vor allem einkommensschwache Familien vor Probleme. Sie können die Angebote oft nicht wahrnehmen, weil sie nicht motorisiert sind oder die Busverbindungen schlecht.

Bündnis 90 / Die Grünen im Landkreis Freising setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die verschiedenen Angebote für alle gut erreichbar sind und Eltern-Anreizprogramme (ähnlich dem Eltern-ABC im Landkreis Landsberg, www.landsberger-eltern-abc.de) zu schaffen, damit diese die unterstützenden Angebote wahrnehmen.

5. Umsetzung und Finanzierung

Landkreis und Kommunen sind in vielen Fällen nur ausführende Organe der Bundes- und Landesebene, ihre Handlungsspielräume sind durch ungerechte Verteilung finanzieller Ressourcen begrenzt. Gleichzeitig darf dies aber nicht dazu führen, dass sich die kommunale Ebene aus der aktiven gestaltenden Sozialpolitik zurückzieht.

Vielfach ist die Aufgabenverteilung der verschiedenen politischen Ebenen ein Problem, das strukturell gelöst werden muss. Zuständigkeiten werden nicht selten zwischen Kommunen, Landkreisen, Bezirken und Land hin und her geschoben. Dies ist für die Betroffenen sowie für die Haupt- und Ehrenamtlichen oft frustrierend und schwer durchschaubar und es vergeudet wertvolle humane Ressourcen.

Die Maßnahmen **10 Grüne Schritte in die richtige Richtung** tragen erheblich zum Gelingen des Lebens jeden Einzelnen und damit zur Verbesserung der sozialen Lage der Menschen in unserem Landkreis bei. In der Regel handelt es sich um sogenannte „freiwillige Leistungen“. Hier aktiv zu gestalten kostet eine Kommune und den Landkreis Geld. Diese Investitionen in gelingendes Leben sind es aber wert, getätigt zu werden. Es gilt, entsprechende Fördermittel auszuschöpfen. Ganz abgesehen davon ersparen Ausgaben in Prävention und Ehrenamt langfristig u.U. kostspieligere Maßnahmen.



Zusammenfassung

10 Grüne Schritte in die richtige Richtung

zur Verbesserung der sozialen Lage der Menschen im Landkreis Freising

1. Gesicherte und erhöhte finanzielle Förderung zielgerichteter Präventionsmaßnahmen
2. Informationsstand der Entscheidungsträger verbessern
3. Handlungsschwerpunkt „Prävention von Anfang an - Frühe Hilfen unterstützen“
4. Wohn- und Wohnumfeldsituation an die Bedürfnisse der älterwerdenden Menschen anpassen, um ihnen ein eigenständigen Leben zu ermöglichen
5. Verbesserung der Koordination von Haupt- und Ehrenamt
6. Unterstützung von Ehrenamt
7. Unterstützung der Hauptamtlichen, Schutz vor Überlastung durch genügend Personal
8. Konsequente Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, kein Ausstieg aus der Investitionsförderung der Sozialstationen
9. Verstärktes Beachten sozialer Kriterien bei Einkauf und Vergabe der Kommunen
10. Möglichkeiten ausschöpfen, kommunales Personal auch aus dem benachteiligten Personenkreis einzustellen

VerfasserInnen für den Kreisverband Freising:

Claudia Bosse, Birgit Mooser-Niefanger, Klaus-Dieter Walter, Angelika Werner-Ripperger
Einstimmig verabschiedet auf der Kreisversammlung am 09.05.2012



- Anhang **Veranstaltungen und Gespräche zur sozialen Reihe**
- 10.06.2010 **Landkreisweite Auftaktveranstaltung
„Übersicht über die soziale Lage im Landkreis“**
Ludwig Mittermeier, damaliger Geschäftsführer der Caritas Freising
- 09.06.2010 **„Wie gelingt Integration?“**
Besuch der Kreistagsfraktion bei der Alevitischen Gemeinde Neufahrn
- 13.09.2010 **Expertengespräch „Psychische Erkrankungen und die Auswirkungen auf die soziale Lage der Betroffenen – der Alltag mit psychischen Erkrankungen“**
Alten- und Servicezentrum Eching
Bärbel Würdinger, Prop Shop e.V.
Carola Neidinger, Caritas Beratungsstelle für psychische Gesundheit
Andreas Ammer, Bezirksrat Bündnis 90/Die Grünen
- 26.10.2010 **Expertengespräch „Zukunftsperspektiven für Jugendliche“**
Cafe Melange Freising (Projekt Etappe)
Martin Beyerl, Leiter Projekt Etappe
Edith Kottirsch, Katholische Jugendfürsorge
Martin Reiter, Kreishandwerksmeister
Max Breu, Johannes Becher, Kreisräte Bündnis 90/Die Grünen, Jugendhilfeausschuss
- 17.03.2011 **Expertengespräch „Prävention von Armut und Obdachlosigkeit“**
Cafe Melange Freising (Projekt Etappe)
Günter Miss, Schuldnerberatung Caritas
Sabine Schulz, Prävention in der Schuldnerberatung Caritas
- 29.03.2011 **ergänzendes Gespräch „Prävention von Obdachlosigkeit“**
Angelika Nothnagel, Stelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit der Diakonie,
Landkreis Freising
- 18.05.2011 **Expertengespräch „Leben im Alter – Alltagsbewältigung im Alter“**
Alten und Servicezentrum Eching mit
Sybille Lebich, Geschäftsführerin ASZ Eching
Prof. Brigitta Schmidt, Lehrstuhl Objektplanung in der Landschaftsarchitektur,
Hochschule Weihenstephan
- 20.07.11 Kreisversammlung zur Auswertung der Expertengespräche
- 02.11.2011 **Podiumsdiskussion „Faire Kommune – Fairer Handel und soziale Verantwortung fängt vor der Haustüre an“**
Kardinal-Döpfner-Haus Freising
Uwe Kekeritz, MdB Bündnis 90/Die Grünen
Rupert Widmann, Stadt Freising
Prof. Gudrun Kirchhoff, Verein Partnerschaft 3. Welt, Weltladen Freising
Markus Bracker, Tagwerk e.V.
- 26.04.2012 **Gespräch über Handlungsmöglichkeiten**
Frau Schäffler, Frau Arndt, Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) im Landkreis Freising am Amt für Jugend und Familie



